

Gesamtmetall

Der Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie e.V. (Gesamtmetall) ist der Zusammenschluss der Landesarbeitgeberverbände der deutschen Metall- und Elektroindustrie, der die Interessen dieser Branche auf Bundesebene vertritt.

Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e. V.

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Dachverband der Metall- und Elektroindustrie
Gründungsdatum 1949
Hauptsitz Voßstr. 16, 10117 Berlin-Mitte
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse gesamtmetall.de

Inhaltsverzeichnis

1	Kurzdarstellung und Geschichte	1
2	Organisationsstruktur und Personal	2
2.1	Geschäftsführung	2
2.2	Präsidium	2
3	Spenden	3
4	Lobbystrategien und Einfluss	4
5	Fallstudien und Kritik	4
6	Weiterführende Informationen	4
7	Einelnachweise	4

Kurzdarstellung und Geschichte

Gesamtmetall ist Mitglied der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). Die Landesverbände, in denen die Mitgliedsunternehmen organisiert sind, schließen die Tarifverträge ab. Gesamtmetall als Dachverband plant und koordiniert in Abstimmung mit den Landesverbänden die bundesweite Tarif-, Sozial- und Bildungspolitik.

Gesamtmetall wirbt außerdem über PR-Aktivitäten in der Öffentlichkeit sowie Kontakten zu Politikern für die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der Arbeitgeber: "Wir werden auf Bundes- und Landesebene bei Parteien, Gesetzgeber und Regierung auf weitere Reformen und ihre Umsetzung dringen sowie bei allen politischen Prozessen, die für unsere Mitgliedsfirmen von Bedeutung sind, aktiv Einfluss nehmen". [\[1\]](#) Bei diesen Aktivitäten spielt das von Gesamtmetall gegründete und finanzierte Netzwerk [Initiative Neue Soziale](#)

Marktwirtschaft eine besondere Rolle. Nach eigenen Angaben verfügte die INSM 2011 (nach Abzug von Steuern) über einen Jahresetat von 7,01 Mio. Euro. Laut Geschäftsbericht 2009/2010 hat der Vorstand von Gesamtmetall beschlossen, die INSM "um weitere fünf Jahre bis 2014 zu verlängern". Das operative Geschäft der INSM wird vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) betrieben, dessen Trägerorganisation u. a. der [BDA](#) ist. Martin Kannegießer, Präsident von Gesamtmetall, ist Vorsitzender des Beirats und Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der INSM.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Geschäftsführerin ist Gabriele Sons

Präsidium

Präsident: Martin **Kannegießer**

- Inhaber des mittelständischen Unternehmens Herbert Kannegießer GmbH
- Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
- Präsident des Council of European Employers of the Metal, Engineering and Technology-Based Industries (CEMET)
- Vorsitzender des Beirats und Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der INSM
- ehemaliger Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Metall- und Elektroindustrie NRW
- ehemaliges Mitglied der Mittelstandsvereinigung der CDU

Vizepräsidenten:

Rainer V. **Dulger**

- Geschäftsführender Gesellschafter der Prominent Dosiertechnik GmbH
- Vorsitzender des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg (Südwestmetall)
- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Universität Heidelberg
- Mitglied des Kuratoriums der Universität Mannheim
- von der CDU Baden-Württemberg im Jahr 2011 benanntes Mitglied der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten
- Ehemaliges Mitglied des Aufsichtsrats der EnBW (nach dem Erwerb von 45 % der EnBW-Anteile durch das Land Baden-Württemberg unter dem damaligen CDU-Ministerpräsidenten Mappus Anfang 2011 entsandte die Landesregierung Dulder in den Aufsichtsrat der EnBW. Südwestmetall, dem Dulder vorsitzt, hatte im Dezember 2010 200 Tsd. Euro an die CDU gespendet. Dulder trat später auf Druck der neuen grün-roten Landesregierung als Aufsichtsrat zurück.[\[2\]](#))

Horst-Werner **Maier-Hunke**

- Geschäftsführer der DURABLE Hunke & Jochheim GmbH & Co. KG
- Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
- Präsident der Landesarbeitgeberverbände NRW
- Vizepräsident des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Randolph **Rodenstock**

- Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke G. Rosenstock GmbH & Co. KG
- Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
- Mitglied des Präsidium des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI)
- Präsident des Verbandes der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
- Botschafter der INSM
- Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Vorsitzender des Vorstands des Roman Herzog Institut

Wolf Dieter **Weidemann**

- ehemaliges Mitglied des Aufsichtsrats der Mittler AG
- Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
- Mitglied des Vorstands von Hessenmetall
- Präsident der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände
- Stellvertretender Vorsitzender des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks

Schatzmeister: Ingo **Kramer**

- Geschäftsführender Gesellschafter der J. Heinrich Kramer Holding GmbH
- Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
- Präsident der Unternehmerverbände im Land Bremen
- Vizepräsident des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
- Vorstandsvorsitzender der Stiftung der Deutschen Wirtschaft

Spenden

Spenden der Landesarbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie an politische Parteien in den Jahren 2010 und 2011 (Quelle: Deutscher Bundestag Spenden über 50 Tsd. Euro)

Südwestmetall

2010 CDU 200 Tsd. Euro

2011 CDU 100 Tsd. Euro, FDP 75 Tsd. Euro, SPD 60 Tsd. Euro, Grüne 60 Tsd. Euro

Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie

2010 CSU 300 Tsd. Euro, FDP 80 Tsd. Euro

2011 CSU 320 Tsd. Euro, FDP 80 Tsd. Euro

Verband der Metall- und Elektroindustrie NRW

2010 CDU 160 Tsd. Euro, FDP 60 Tsd. Euro

2011 CDU 60 Tsd. Euro

Lobbystrategien und Einfluss

Fallstudien und Kritik

Weiterführende Informationen

Einelnachweise

1. ↑ Gesamtmetall 2005: Leitlinien unserer Arbeit, Website Gesamtmetall, abgerufen am 10. 1. 2010
2. ↑ Andreas Müller: EnBW Streit über Aufseher des Landes, Stuttgarter Zeitung vom 4. Februar 2011 sowie "Deutscher Bundestag Parteispenden über 50 Tsd. Euro", Jahr 2010